

GESCHICHTSVEREIN OSCHATZ

Gabriele Teumer wieder in den Vorstandsvorsitz gewählt

Seite 15



OFFROAD-CUP

Motorsportclub Kemmlitz will im Mai Saison starten

Seite 17



BARTH-INTERVIEW

Starkomiker über das starke Geschlecht

Seite 9



REGION OSCHATZ

Mehr Straftaten

Region Oschatz (GL). Die Kriminalitätsstatistik 2010 der Polizeidirektion Westsachsen weist eine steigende Tendenz auf. Rückläufig ist dabei der Anteil von Kindern und Jugendlichen. So zum Beispiel wurden in Oschatz 2010 insgesamt 1128 Fälle registriert, im Vorjahr waren es nur 1014. Gesunken ist unterdessen die Aufklärungsquote. Vor zwei Jahren waren es in Oschatz 59,6 Prozent und im vergangenen Jahr war die Quote 0,8 Prozent niedriger. ▶ Seite 15

WERMSDORF

Tagung zur Eiche

Wermisdorf (Iga). Die Eiche und der Waldumbau, das war gestern Thema der zweiten Eichenregionaltagung des Forstbezirks Leipzig. Dabei informierten sich Privatwaldbesitzer, wie hochwertiges Holz und vitale Bestände erzielt werden können. Denn obwohl der Umbau teuer ist, er kann sich finanziell lohnen. Derzeit ist die Holznachfrage immens. Nach Vorträgen von Referenten schloss sich eine Exkursion zu Versuchsfeldern im Collmer Revier an. ▶ Seite 18

OAZ AM WOCHELENDE

- ▶ **Sachsen:** Schlachtfeld Lützen – auf Wallensteins Spuren – Seite 4
- ▶ **Wirtschaft:** Verdi-Chef im Interview: „Maßhalten war gestern“ – Seite 7
- ▶ **Aus aller Welt:** Graceland-Kopie in Dänemark eröffnet – Seite 28

SPORT

RB siegt, Lok remis

Leipzig (H.S.). Sieg und Unentschieden gestern Abend für die Leipziger Fußballvereine: In der Regionalliga schlägt RB den VfC Plauen mit 1:0, in der Oberliga trennen sich Luckenwalde und Lok 2:2. ▶ Seite 23

RATGEBER

Steuerspartipps für Leser

Leipzig (wer). Wie Arbeitnehmer und Rentner Steuern sparen können, erklärten Experten mehrerer Lohnsteuerhilfevereine gestern beim Telefonforum dieser Zeitung. Zwei Stunden lang beantworteten sie alle Fragen zur Steuererklärung. Wir veröffentlichen eine Auswahl der Tipps. ▶ Seite 26

POLITIK

Streit um Fluggastdaten

Leipzig (A. F.). In Europa tobt ein Streit um die Verwendung von Fluggastdaten. Einige Mitgliedsstaaten fordern die Speicherung persönlicher Angaben. Datenschützer laufen Sturm. ▶ Kommentar Seite 3/ S. 6

WIRTSCHAFT

Bahn stärkt Infrastruktur

Leipzig (ade). Die Deutsche Bahn will bis 2014 für rund 5,3 Milliarden Euro das Schienennetz Mitteldeutschlands ausbauen und erneuern. Das sagte gestern Bahnchef Rüdiger Grube in Leipzig. ▶ Seite 7

FINANZEN

DAX	TecDAX	EUR/USD
7178,29	917,70	1,4450
(+0,44%)	(+0,39%)	(+0,34%)

WETTER

SA	SO	MO
14°/5°	15°/7°	16°/7°

MONTAG

▶ **Käufliche Liebe:** Wie die DDR an der Prostitution verdiente – Hintergrund



4 194318 401102

Sächsische Schmalspurbahnen starten in Oschatz mit der I K Nr. 54 in die Dampfbahn-Saison



Dampfbahnsaison eröffnet: Ab sofort sind in Sachsen die Dampfbahnen unterwegs. Auf dem Oschatzer Südbahnhof wurde gestern am frühen Abend der Startschuss für sommerliche Saison gegeben. Zu den Gästen gehörten unter anderem Dr. Andreas

Winkler, Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Schmalspurbahnen (3.v.r.), Landwirtschaftsminister Frank Kupfer (4.v.r.) und Ingo Neidhardt, Projektleiter der Dampfbahnroute (6.v.r.). ▶ Video unter www.lvz-online.de Foto: Sven Bartsch

Mitteldeutsches Einheits-Abitur in Gefahr

Sachsens Kultusminister Wöllner rügt „Schulexperimente“ in Sachsen-Anhalt

Dresden/Leipzig. In Sachsen wächst die Angst davor, dass das mit Sachsen-Anhalt vereinbarte Einheits-Abitur scheitert. Grund sind die Veränderungen in der Schulpolitik, die in Magdeburg von der neuen CDU-SPD-Landesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart wurden und die im Freistaat auf Unverständnis stoßen.

Von ANDRÉ BÖHMER

„Was jetzt in Sachsen-Anhalt passiert, ist Hamburg im Osten“, sagte Kultusminister Roland Wöllner (CDU) in einem Interview mit dieser Zeitung in Anspielung auf die gescheiterte Bildungspolitik an der Alster. Sachsen-Anhalt betreibt wieder ein „schulisches Experiment“ mit unklarem Ausgang, so Wöllner zur Einführung der Gemeinschaftsschule im

mitteldeutschen Nachbarland. „Wir brauchen aber keine weiteren ideologischen Experimente mehr“, sagte der Minister. Schule sei kein Versuchslabor und Schüler seien keine Versuchskaninchen.

Das im August 2010 nach einem gemeinsamen Kabinettsbeschluss in Wörlitz vereinbarte mitteldeutsche Einheits-Abitur sieht Wöllner jetzt auf der Kippe. Ab Schuljahr 2013/14 sollen Schüler in Sachsen-Anhalt und Sachsen nach einheitlichen Prüfungsaufgaben das Abitur ablegen. Sachsen übernimmt dabei die Federführung in Mathematik. Die beiden Länder wollen damit Vorreiter für ein bundesweit einheitliches Zentralabitur sein. „Ich habe Zweifel, ob der Kabinettsbeschluss von der neuen Regierung so umgesetzt wird“, sagte Wöllner. Auch die Entwicklung in Thüringen, wo Kultusminister Christoph Matschie (SPD) nach

Protesten von Lehrern und Schülern Veränderungen am Schulsystem wieder zurückgefahren hat, betrachte er mit Sorge. Man sei in der Schulpolitik schon mal weiter gewesen. „Jetzt haben wir uns leider von gemeinsamen Schritten entfernt. Das kann nicht der richtige Weg sein“, warnte er.

Der sächsische Ressortchef monierte zudem die Abschaffung der Bildungsempfehlung in Sachsen-Anhalt. Die Übergangsempfehlung für Viertklässler in der Grundschule wurde unter der Vorgänger-Regierung in Magdeburg erst 2006 eingeführt. Wöllner verwies darauf, dass in den Ländern, wo die Bildungsempfehlung auf dem Lehrer-Vorschlag beruhe, es am besten gelinge, auch Kindern aus weniger bildungsstarken Schichten auf das Gymnasium zuzulassen. ▶ Seite 4

Schlaglöcher: Morlok verspricht mehr Geld

FDP fordert Kraftakt von Land und Kommunen / Sächsischer Städtetag verlangt konkrete Taten

Dresden/Leipzig. Hoffnung für alle Leidgeprüften im sächsischen Schlagloch-Chaos: Die Landesregierung will mehr Geld zur Reparatur der vielen Straßenschäden im Freistaat ausgeben. Verkehrsminister Sven Morlok (FDP) stellte gestern ein weiteres Sonderprogramm in Aussicht. Wie viel Geld zur Verfügung stehen wird und welche Straßen davon profitieren sollen, stehe allerdings noch nicht fest, teilte sein Ministerium mit. Die Vorlage, über die das Kabinettdann entscheiden muss, sei noch nicht fertig. Zur Finanzierung sollen unter anderem Straßenbaumittel aus dem vergangenen Jahr genutzt werden, die damals nicht abgerufen wurden.

Die Schäden, die der lange Winter auf Sachsens Straßen hinterlassen hat, sind inzwischen komplett erfasst. Das Ministerium kommt allein bei den Autobahnen sowie Bundes- und Staatsstraßen auf Reparaturkosten von 115 Millionen Euro. Etwa zehn Prozent des gesamten Staatsstraßennetzes im Freistaat seien betroffen, dazu sieben Prozent der Bundesstraßen und drei Prozent der Autobahnen. An kommunalen Straßen sind sogar Schäden in Höhe von insgesamt 252 Millionen Euro entstanden. Das neue Programm soll über zwei Jahre laufen. „Wir wollen keine Flickschusterei, sondern eine nachhaltige Beseitigung der Schäden“, betonte Morlok. Der FDP-Verkehrsexperte Torsten

Herbst sieht die Ursachen für die vielen Schlaglöcher in den Sünden der Vergangenheit: „Leider wird nach diesem Winter besonders sichtbar, dass über Jahre hinweg zu wenig in den Straßenerhalt investiert wurde.“ Herbst fordert daher „einen gemeinsamen Kraftakt von Freistaat und Kommunen.“ Allein aus den Mitteln des Verkehrsministeriums sei das Sonderprogramm nicht finanzierbar.

Der sächsische Städte- und Gemeindetag reagiert angesichts klammer Kassen zurückhaltend auf die Aufforderung zum gemeinsamen Handeln. „Die Ankündigung des Wirtschaftsministers ist ein gutes Signal an die Kommunen. Nun kommt es darauf an, dem Signal auch

Taten folgen zu lassen“, sagte Geschäftsführer Mischa Woitschek. „Wir brauchen ein Winterschadensprogramm, das eine echte Hilfe für die Kommunen ist.“ Auch Leipzigs OBM Burkhard Jung (SPD) hatte bereits Anfang Januar ein Schlaglochprogramm des Freistaates gefordert.

Die Automobilverbände warnen indes vor zu großen Erwartungen. Der ADAC geht von einem insgesamt dauerhaft schlechten Zustand der Infrastruktur aus, da der Sanierungsstau der letzten Jahre zu groß sei. Michael Haberland von Mobil in Deutschland spricht von der „langen Rache der Flickschusterei, die vor allem die Autofahrer jetzt ausbaden müssen.“
Olaf Majer

LKW-Maut auch auf Bundesstraßen

Leipzig/Berlin (dpa/ivdb). LKW müssen künftig auch auf vierspurigen Bundesstraßen Maut zahlen. Der Bundestag beschloss dazu gestern in Berlin eine entsprechende Neuregelung der Mautvorschriften. Für Bundesstraßen mit mindestens zwei Fahrstreifen je Fahrtrichtung gelten damit künftig dieselben Mautsätze wie für Autobahnen, vorausgesetzt, die Bundesstraßen haben eine unmittelbare Anbindung an eine Autobahn und sind mindestens vier Kilometer lang. Innerhalb von Ortschaften soll keine Maut erhoben werden. Mit der Ausweitung der LKW-Maut muss in Sachsen auf insgesamt 40 Kilometern Bundesstraße gezahlt werden. ▶ Seite 2

Energiegipfel Bis 17. Juni Gesetz zum Atomausstieg

Berlin (dpa/maz). Bund und Länder wollen in Rekordzeit bis Mitte Juni das Gesetz für einen schnellen Atomausstieg besiegeln. Bis zum 17. Juni sollen Bundestag und Bundesrat entscheiden, wieviele Atomkraftwerke abgeschaltet werden müssen und wie lange die restlichen Meiler noch laufen dürfen. „Wir alle wollen schnellstmöglich aus der Kernenergie aussteigen“, sagte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gestern nach einem Energiegipfel mit den Ministerpräsidenten im Kanzleramt. ▶ Leitartikel/S. 2

LEITARTIKEL

Von Dieter Wonka

Chance nutzen für Atomausstieg

Bei Terminen sind sie fix, für den unumkehrbaren Atom-Ausstieg tun sie nichts. Noch nicht. So viel kann man zu dem gestrigen Konsensversuch im Kanzleramt mit Bund und Ländern sagen. Aber der gesetzte Termindruck kann sich in der Sache als hilfreich erweisen. Nichts geht mehr in Sachen Laufzeitverlängerung.

Schwarz-Gelb bewegt sich kontinuierlich und Stückchen für Stückchen weiter weg von der eigenen furchtbaren irigen Atom-Startphase. Eine gesellschaftlich erträgliche Energieversorgung rückt jetzt näher. Die Regierung ist dichter bei den Menschen. Das ist nie verkehrt. Wenn sich jetzt noch Grün-Rot zu einer seriösen Zeitplanung samt tragbarer Kostenkalkulation für eine heimische Energiewelt ohne nationalen Atomstrom befreit, dann wäre ein echter Durchbruch geschafft.

Der 17. Juni als abschließender Bundesratstermin für den unumkehrbaren Einstieg in den kollektiven Ausstieg aus dem Atomrisiko: So ambitioniert kann Politik sein. Endlich einmal eine Blitzregelung, von der nicht nur Banken, Finanzmärkte oder andere exquise Kleingruppen profitieren. Wehe, die politischen Kräfte – unter Einschluss von Rot und Grün – kommen jetzt doch wieder auf die Idee, beim mühsamen Erarbeiten des Kleingedruckten taktisch oder ideologisch motiviert zu tricksen.

Dabei begann der gestrige Tag energetisch katastrophal, weil ministerliche Windmaschinen meinten, sie müssten über spekulative Milliardenkosten für den Energieverbraucher faseln. Ganz so, als ließe sich das mit der Japan-Katastrophe erprobte Existenzrisiko mit Centbeträgen pro Kilowattstunde verrechnen. Es geht nicht um Ablasshandel, sondern um Glaubwürdigkeit.

Zu der gehört ein nicht rückholbares Nein zu dieser Atomenergie. Dazu gehört eine neue Ehrlichkeit bei der Endlagerung des Atomabfalls. Und es gehört die notwendige Schlussfolgerung aus der Tatsache dazu, dass schon jetzt Tausende moderner Leitungskilometer fehlen.

Energie kostet ihren Preis. Politisch sieht man dies beim Blick auf die jüngsten Wahlergebnisse, speziell beim Konto der Grünen. Volkswirtschaftlich werden alle begreifen müssen, dass es besser ist, mehr statt weniger Geld für die energetische Gebäudesanierung auszugeben. Technologisch kann Deutschland – Made in Germany – seine Chancen noch besser, noch gezielter nutzen, um bei den regenerativen Energien und bei der Energieeinsparung Weltmarktführer zu werden. Was für eine Chance, auch für diese Kanzlerin. Am 17. Juni ist der Tag der Wahrheit.

© d.wonka@lvz.de

Koblenz blüht auf

Bundesgartenschau hat bis 16. Oktober geöffnet / Veranstalter erwarten zwei Millionen Besucher

Koblenz (dpa). Ein Meer aus Blumen am Rhein: Die Bundesgartenschau in Koblenz hat gestern bei strahlendem Sonnenschein ihre Tore geöffnet. „Das wird eine tolle Bundesgartenschau und ich freue mich, dass ich sie als eröffnet erklären darf“, sagte Bundespräsident Christian Wulff vor 3000 geladenen Gästen bei einem Festakt am Deutschen Eck, wo Rhein und Mosel zusammenfließen. In punkto Gartenbau würden hier in den nächsten 185 Tagen die „besten Ideen, die besten Techniken und neuesten Moden“ präsentiert, sagte Wulff als Schirmherr des nationalen Blumenfestes weiter. 36 000 Dauerkarten sind verkauft, etwa zwei Millionen Besucher werden erwartet. Es ist in der 60-jährigen Buga-Geschichte die erste Bundesgartenschau



Eröffneten gestern die Bundesgartenschau: Bundespräsident Christian Wulff (r.) und der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck. Foto: dpa

in Rheinland-Pfalz. Unter den ersten Gästen war Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) – und er zeigte sich begeistert: „Koblenz ist wirklich aufgeblüht“. Gleich am Haupteingang erwartete die Besucher eine riesige stilisierte Krone aus Tausenden bunter Stiefmütterchen und Tulpen. „Oh toll, oh fein“ oder „Wahnsinn“ war von einigen Gästen zu hören. Die 480 000 Quadratmeter große Ausstellung erstreckt sich auf den Blumenhof am Deutschen Eck, das Kurfürstliche Schloss und die etwa 100 Meter oberhalb des Rheins thronende Festung Ehrenbreitstein.

Geöffnet ist bis 16. Oktober 2011 täglich von 9 Uhr bis zum Sonnenuntergang. Das Tagesticket kostet für Erwachsene 20 Euro, Kinder und Jugendliche zahlen 5 Euro. Weitere Infos unter www.buga2011.de